

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Riesa,
Jernus Nr. 90

Das Riesner Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Postamts Riesa.

Postkonton: Dresden 158
Telegraphische Anzeiger-Nr. 52.

Nr. 270.

Dienstag, 20. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 17. 11. bis 23. 11. 600 Milliarden M. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erfolgt, wenn der Betrag vorläufig, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Canger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortelstraße 33.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Zum Vuktag.

Vuktag feiern wir morgen. Zwar der Christ soll jeden Tag seines Lebens auch Vuktag feiern, wenn er an die fünfte Bitte des Vaterunsers kommt: "Vergib uns unsere Schuld", wie denn auch unser Luther in der ersten der 37 Theilen des 11. Oktober 1517 schreibt: "Da unser Meister und Herr Jesus Christus spricht: Tut Vuktag, will er, daß das ganze Leben einer Gläubigen auf Erden eine feste Vuktag sein soll." Aber weshalb sind die Vuktage als Tage der gemeinsamen Benutzung des ganzen Volkes, wenigstens des ganzen Christentums, nicht überflüssig, am allerwenigsten in der gegenwärtigen Zeit. In einer Zeit schwerer Bedrängnis, zur Zeit des Einbruchs der Türken in Ungarn im Jahre 1684, sind in unserem sächsischen Vaterlande die Vuktage angeordnet worden. Aus großer Not heraus sind sie geboren und Notbesser sollen sie sein, sollen zu dem hinweisen, der größer ist als alle Not. Durchbare Not laßt jetzt auf unserm Volke wie ein Tag der Vuktage als Vuktag nicht wieder. Möchte es sich auch den heutigen Vuktag zum Notbesser werden lassen. Möchte es auf seine Stimme hören, die ihm sagt, daß seine Not selbst verschuldet hat. Ob es schon oft angeprochen und ebenso oft von vielen nicht gekannt worden ist, noch einmal sei es ausgesprochen: Sein Abfall von Gott, seine Gottlosigkeit und die aus ihr entspringende Sittlosigkeit sind im tiefsten Grunde schuld an seinem Elend. Und es gibt nur einen Weg zu seiner Rettung: Zurück zu Gott! — "So lange das deutsche Volk nicht vor Gott auf die Knie fällt, ist seine Rettung", so hat jemand sehr richtig gesagt. Das ist es, was ihm die Stimme des Vuktages einschärfen will. Was nützt es auch, so mahnt sie, daß ihr euer Vuk beklagt und euch einander anklagt, ein Stand den andern, eine Partei die andere, oder daß ihr gar Gott anklagt, als behandelte er euch ungerade im Gegensatz zu euren Feinden? Euch selbst müßt ihr anklagen! O daß doch diese Mahnung ohne Ohren und willige Herzen fände! Was vor langen Jahren der Prophet Jeremiaus auf den Trümmern der von Nebuchadnezzar zerstörten Stadt Jerusalem unter heißen Tränen über das über sein verdientes Volk herabgebrochene jähzornige Unheil ausgesprochen hat, das paßt auch für unsere Zeit, als ob es eigens für sie geschrieben wäre: "Die murren denn die Leute im Leben also? Ein seglicher murre wider seine Sünde! Zieht uns forschen und prüfen unser Wesen und uns zum Herrn bekehren! Laßt uns unser Herz samt den Händen aufheben zu Gott im Himmel: Wir haben gesündigt und sind ungerade gewesen; darum hast du billig nicht verschonet." Fremden in einem Hause häßlich an der Wand ein seltsames, nehmendes Bild, das nur zwei zum Gebet gesaltene Hände zeigt. Dieses Bild sollte in allen Häusern unseres Volkes hängen und die Bewohner alt und jung zum Gebet aufrufen. Es gibt arbeitende, es gibt sich gegenseitig helfende, es gibt in Not und Angst ringende, es gibt leider auch sich im Horn und das hallende Hände, aber es gibt viel zu wenig helfende Hände unter uns. Die Not hat unser Volk noch nicht beiseite geschoben. Deshalb hat der himmlische Helfer noch nicht zu eingreifen können, wie er es wohl schon längst gewollt hätte. Machen wir uns aber keine falschen Erwartungen von seiner Hilfe. Er hilft von innen nach außen, er hilft nach der Regel: Werdet ihr erst besser, dann wird es besser werden! Tut Vuktag! So mahnt der morgende Peterstag. Vuktag heißt Umkehr, Sinneränderung, Lebensänderung. Tausche in jeder bei sich an. Wenn jeder vor seinem Hause steht, dann wird es auf der ganzen Straße lauter werden." Für den ersten sächsischen Landesvuktag am 18. Februar 1684 war als Text das Prophetenwort (Jer. 18, 18) angeordnet: "Gebet dem Herrn, eurem Gott, die Ehre!" — Wenn unser Volk Gott dem Herrn wieder die Ehre geben lernt, wenn es seiner Schuld sich bewußt im Gebet zu ihm seine Zuflucht nimmt und ihn um seine Hilfe anruft und Ernst macht, das Böse, jähzornige Wesen von sich abzulassen und nach seinem Willen zu leben, dann wird er sich mit seiner Hilfe zu ihm bekehren.

Der Reichstag und die Vertrauensfrage.

Entscheidung nicht vor Freitag.

Der Vertrauensauschuss des Reichstages ist für heute vormittag 11 Uhr einberufen worden, um die geschäftlichen Dispositionen der Plenarsitzung zu treffen. Es ist beabsichtigt, den Vuktag für Fraktionsfragen freizubehalten, weil die Sozialdemokraten den Wunsch geäußert haben, die Plenarverhandlungen des Reichstages nicht zu unterbrechen. Falls der Reichstagspräsident bereits in der heutigen Sitzung das Wort nehmen sollte, werden die Fraktionen am Vuktag Gelegenheit haben, zu den Ausführungen des Reichstagspräsidenten Stellung zu nehmen.
Eine Entscheidung über die Vertrauensfrage dürfte demnach frühestens Freitag zu erwarten sein. Es ist nach der bisherigen parlamentarischen Lage und nach der Stimmung in sozialdemokratischen Kreisen nicht ausgeschlossen, daß die Sozialdemokraten ein Misstrauensvotum einbringen werden. Es würden dann zusammen mit den Misstrauensvoten der Deutschnationalen und der Kommunisten drei beratige Anträge vorliegen. Dadurch jedoch verringert sich die Gefahr für das gegenwärtige Kabinett. Denn in diesem Falle ist anzunehmen, daß die verschiedenen Misstrauensvoten abgelehnt werden, weil keine der Parteien, die ein derartiges Votum einbringen, für den entsprechenden Antrag der anderen Parteien stimmen wird und die drei Misstrauensvoten der Reihe nach abgelehnt werden.
Ob für das Kabinett Stresemann ein ausdrückliches Vertrauensvotum eingebracht werden wird, ist noch nicht entschieden. Der demokratische Fraktionsvorsitz hat gestern den Beschluß gefaßt, sich an einem Misstrauensvotum nicht zu beteiligen. Heute vormittag wird der Reichstagspräsident vor der Plenarsitzung die Führer der Parteien der Mitte empfangen, um sie über den Inhalt seiner Reichs-

tagsrede zu unterrichten und um mit ihnen die durch die Haltung der Oppositionsparteien geschaffene politische Situation zu erörtern.

Heute Entscheidung der Vuktagkonferenz.

Paris. Die Sitzung der Vuktagkonferenz war gestern 1,30 Uhr beendet. Man hat hinsichtlich der Wiederaufnahme der interalliierten Militärkontrollen ein provisorisches Abkommen getroffen, das den interalliierten Regierungen nunmehr zur Genehmigung unterbreitet wird. Nach eingehendem Meinusaustausch wurde ein vermittelter Text entworfen, der nachmittags dem französischen Ministerpräsidenten zur Ratifizierung unterbreitet wurde. Zugleich wird der englische Vuktagler seine Regierung telephonisch fragen, ob sie die ins Auge gefassten Entschlüsse annehmen will.

Paris. Der Ministerpräsident ist um 2,30 Uhr im Elysee angekommen. Über die Sitzung, die bis 4,30 Uhr dauerte, wurde folgendes offizielles Communiqué ausgeben: Der Ministerpräsident unterrichtete den Ministerpräsidenten über die Verhandlungen der Vuktagkonferenz. Der Ministerpräsident billigte die vom Ministerpräsidenten in den Verhandlungen eingenommene Haltung einmütig.

Paris. Wie die Agentur Havas erfahren haben will, werde sich sehr wahrscheinlich die Vuktagkonferenz in der Frage der Militärkontrollen in Deutschland auf folgender Grundlage einigen: Sie werde der deutschen Regierung mitteilen, daß die Militärkontrollen in aller kürzester Zeit wieder aufgenommen werden und frage, ob die deutsche Regierung hierzu ihre Zustimmung gebe oder nicht. Der Kontrollkommission werde es zu bestimmen, unter welchen Bedingungen sie ihre Arbeit ausüben würden. Wenn Hindernisse entstehen würden, habe sie zu entscheiden, ob die deutsche Regierung hierfür verantwortlich sei und in welchem Maße. In diesem Falle würden die Alliierten sich verständigen, um, wenn nötig, Maßnahmen zu ergreifen. Was den ehemaligen Kronprinzen anbelange, so werde man in Anbetracht der Tatsache, daß er den Verzicht auf den Thron ausgesprochen und das Versprechen gegeben habe, als Privatmann in Deutschland zu bleiben, die deutsche Regierung anfordern, streng darüber zu wachen, daß er das gegebene Versprechen halte.

Paris. Folgende halbamtliche Mitteilung wurde gestern abend ausgegeben: Die Vertreter Frankreichs, Belgiens, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Italiens in der Vuktagkonferenz haben sich gestern nachmittags am Quai d'Orsay versammelt. Da jedoch Lord Grey, der Vuktagler Großbritanniens, noch nicht die endgültigen Anweisungen der englischen Regierung erhalten hatte, ist die Sitzung auf heute vertagt worden.

Die Verhandlungen

mit dem englisch-amerikanischen Konsortium.

Ueber die Erwähnung sehr beträchtlicher ausländischer Kredite, über die der Reichstagspräsident vor dem Zentralrat der Deutschen Volkspartei und im Auswärtigen Ausschuss Andeutungen machte, erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Zwischen den deutschen maßgebenden Stellen und einer amerikanisch-englischen Gruppe werden seit längerer Zeit Verhandlungen über einen Währungs- und Abrechnungskredit geführt. Für den Währungskredit allein kommt etwa ein Betrag von einer Milliarde Dollars in Betracht. Die Aussichten für das Zustandekommen des Abchlusses erscheinen nicht ungünstig. Allerdings machen die ausländischen Geldgeber zur Voraussetzung, daß eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Deutschland eintritt und daß Deutschland vor Experimenten des Reichs- und des Vuktagismus bewahrt bleibt.

Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, daß, wie von anderer Seite gemeldet wird, etwa zwei oder drei prominente Großgrundbesitzer die alleinige Haftung übernehmen. Es ist vielmehr an die Gesamtheit der Grundbesitzerverbände als Garantien gedacht. Der Kredit, dessen Höhe noch nicht endgültig festgelegt ist, dürfte auch beschränkt werden durch Sicherheiten, die der Ernährungsminister und die anderen zuständigen Stellen für den Bedarf Deutschlands an Fleisch und Rohle während der nächsten Monate aufstellen werden. Die Ernährungsbedürfnisse sollen, wie wir hören, so gestaltet werden, daß sie erst nach sechs bis neun Monaten abgedeckt zu werden brauchen.

Ueber die in Aussicht stehenden ausländischen Kredite weiß die "Vossische Ztg." noch mitzuteilen, daß es sich um Kredite aus Amerika, England und Holland handle. Hervorragende Bankfirmen aus diesen drei Ländern wollen sich angeblich an der Errichtung der Goldnotenbank, welche die endgültige Lösung des deutschen Währungsproblems bilden soll, mit Krediten in einer Gesamthöhe von 1400 Millionen Goldmark beteiligen. Auf den amerikanischen Kredit soll ein Betrag von 170 Millionen Dollar, also etwa die Hälfte des Gesamtbetrages entfallen. Was es heißt, soll die Parafizierung des Vertrages in den nächsten Tagen erfolgen.

Die Arbeitnehmer an den Fischenverband.

Offen. Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen richteten an den Fischenverband ein Schreiben, in dem es heißt: Zu dem von den Vertretern des Fischenverbandes vorgetragenen Beschlüssen über die Verlängerung der Arbeitszeit an die Dauer der Vorkriegszeit sowie auf Abänderung bestimmter Bedingungen, haben die Vertreter der Arbeitnehmer der Verbändeorganisationen Stellung genommen. Sie verhielten sich nicht der Erkenntnis, daß Verbilligung und Erleichterung der Produktion dringendes Vorkriegsbedürfnis ist. Diesen Rechnung zu tragen, durch Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit,

lehnen sie einmütig ab. Eine solche Maßnahme ist bei dem derzeitigen Ernährungs- und Gesundheitszustand der Bevölkerung bezüglich der Erhaltung der Arbeitskraft geradezu verhängnisvoll. Gegen eine Ausdehnung der Arbeitszeit spricht gegenwärtig auch die Tatsache, daß für eine erhöhte Produktion im Bereich der Voraussetzungen noch nicht vorliegen. Das erstrebte Ziel der Arbeitssteigerung und Produktionsverbilligung läßt sich vollständig fördern durch zweckmäßige betriebstechnische Maßnahmen. Die Vertreter der Gewerkschaften sind bereit, dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen, wenn die unbedingt erforderlichen Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

Falsche Gerüchte über Aufrufung der Monarchie in Bayern.

München. Die Gerüchte, daß in Bayern in absehbarer Zeit die Monarchie ausgerufen werde, sind, wie von zuständigen Stellen zu erfahren ist, gänzlich grundlos. Dementsprechend sind die Gerüchte, denen jede tatsächliche Grundlage fehlt.

Der frühere Kronprinz Rupprecht hat in einem Schreiben, das in der Verammlung des Nationalverbandes deutscher Offiziere besprochen worden ist, nachdrücklich gegen das Gerücht Stellung genommen, daß in Bayern demnächst die Monarchie ausgerufen werde.

Auch in den letzten Tagen sind von selten verschiedener vaterländischer, hiesiger und anderer Dramatischer Versammlungen eröffnet worden, die rückhaltlos das Vertrauen zu von Jahr aussprechen.

Vortretende Säuberungsaktion in Thüringen.

Weimar. Die Säuberungsaktion in Thüringen schreitet weiter vorwärts. Wie amtlich mitgeteilt wird, unternahm die Reichswehr vorantige Aktionen in Mühlhausen, in der Gegend von Friedland, in Tarna, in der Umgegend von Graftenroda, in Weiskirchen, in und um Weiskirchen, wobei mehrere Verhaftungen vorgenommen und belastendes Material beschlagnahmt wurde. Die Landespolizei führte erfolgreiche Untersuchungen aus in Dornburg, Plauen, Rudolstadt und Großbreitenbach. In Graftenroda fand eine Gewerkschaftsdemonstration statt. Infolge der Demonstration, daß die Stadtpolizei gestärkt wurde, wurde die Reichswehr eingesetzt, die die Ordnung mit der Schußwaffe wieder herstellen konnte. In Weiskirchen wurden fünf Kommunisten verhaftet, die wegen Aufruf von Revolution an Reichswehrsoldaten herangezogen waren. In Rudolstadt wurden keine Unruhen durch die Landespolizei unterdrückt. In Jena wurde das von der Polizei bewachte Gefängnis angegriffen und einzelne Gefangene befreit. Einer der Gefangenen wurde getötet.

Dr. Zeiguer dementiert.

Dr. Zeiguer überliefert der "Dresdner Volkszeitung" folgende Erklärung: "Die hiesige Presse bringt Mitteilungen über ein gegen mich schwebendes Ermittlungsverfahren. In diesem Verfahren werde ich Rede und Antwort stehen und es wird sich ergeben, daß alle Mitteilungen über die Entstellungen oder politische Tendenzen unrichtig sind. Ich habe nie für amtliche Handlungen geldliche oder Geldwertentschädigungen erhalten."

Die Umgruppierung der Entente.

Wenn eine Gruppe von Staaten sich eine Zeitlang auf gemeinsamen politischen Wege findet, so ist damit nicht gesagt, daß sämtliche Beteiligten einem gemeinsamen Ziele zustreben. Bereits während des Krieges war es häufig nur unter großen Schwierigkeiten möglich, die verschiedenen Ententemächte zusammen zu halten und sie auf ein gemeinsames Programm zu binden. Allein die Tatsache, daß der niederwertigste Gegner eine unbedingte Kräftezusammenfassung auf sich ziehen mußte, hat die grundsätzlichen Gegensätze immer wieder überwinden. Während des Krieges war Frankreich auf die Hilfe Englands unbedingt angewiesen. Englands Hilfe war also vor allem maßgebend. England hat es verstanden, den bedeutendsten Rivalen und alten Gegner Russlands gleichzeitig mit dem Feinde Deutschlands niederzuwerfen. Damit war ein grundlegender Gegensatz in der Entente ausgeschaltet. Während der Friedensverhandlungen bildete sich ein neuer Gegensatz in voller Schärfe heraus. England und auch Amerika wünschten zwar den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaftspolitik, sie hatten aber sehr Interesse an der restlosen politischen militärischen Ausschaltung dieser Weltmacht. Es bleibt die Frage, heute völlig unbegreifliche Schand und Ausschließlichkeit Lloyd Georges, diesen politischen militärischen Interessen Englands während der Friedensverhandlungen nicht hinreichend Bedeutung beigelegt zu haben. Deutschland wurde militärisch völlig zur Ohnmacht verurteilt und als politischer Faktor ausgeschaltet. Frankreich wurde damit zum ausschließlichen Herrscher des Westlandes und zugleich zum neuen gefährlichen Gegner Englands und auch Italiens gemacht, das seinerseits unzufrieden war mit der im französischen Interesse liegenden großstäbischen Lösung der Balkanprobleme.

Aus dieser naturgemäßen Entwicklung ergab sich die allmähliche Umgruppierung innerhalb der Entente, die wir in den letzten Jahren erlebt haben. Während bisher, trotz oft recht deutlicher Worte über den Kanal hinweg die neu erwachene Feindschaft immer noch unter dem allerdings sehr durchsichtig gewordenen Ententemantel verhallt wurde, begannen sich neuerdings die gegeneinander wirkenden Kräfte deutlich greifbar auszuprägen. Die Umstellung in England selbst geht naturgemäß nicht mit der Schnelligkeit vor sich, die man bei den Verhältnissen in Deutsch-